

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten June Tomiak (GRÜNE)

vom 27. März 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. März 2017) und **Antwort**

Rechtsextremismus an Berliner Schulen 2016

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. In welchem Rahmen ist die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus Teil des Lehrcurriculums im Land Berlin? (Bitte Material und Schultyp ausweisen)

a) Welche themenspezifischen Inhalte sind Teil des Lehrplanes?

b) Wie werden Lehrkräfte für rechtsextreme Äußerungen und den Umgang damit sensibilisiert?

c) In welchem Turnus wird auf neue Entwicklungen innerhalb der Szene eingegangen?

Zu 1.: Die Rahmenlehrpläne (RLP) des Landes Berlin sowohl für die Jahrgänge 1 bis 10 als auch für die Sekundarstufe II bieten vielfältige Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Dabei sind die Lehrkräfte immer aufgefordert die Urteils- und Handlungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu stärken und wertorientiert im Sinne des Grundgesetzes zu unterrichten. Viele Fächer regen z.B. über eine entsprechende Materialauswahl u.a.m. zu einer Auseinandersetzung mit verschiedenen Phänomenen u.a. an. Siehe:

<http://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/>

Darüber hinaus bietet die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie über die Webseite des Bildungsservers Berlin-Brandenburg vielfältige Informationen, Materialien und Angebote außerschulischer Träger zur Unterstützung der Lehrkräfte an. Siehe:

<http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/themen/demokratiebildung/rechtsextremismus/>

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist u. a. auch Teil des Grundwertecurriculums für Demokratie „Hands for Kids“ (1. - 6. Jahrgangsstufe) und des Grundwertecurriculums „Hands across the campus“ (7. - 12./13. Jahrgangsstufe). Hinzu kommen curriculare Materialien z. B. „Aktiv gegen Antisemitismus“ für alle Klassenstufen.

Zu a) Neben den Fachteilen des Rahmenlehrplans für die Jahrgangsstufen 1 - 10 finden sich Ansätze zur Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus u. a. in den übergreifenden Themen „Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt (Diversity)“, „Demokratiebildung“, „Europabildung in der Schule“, „Interkulturelle Bildung und Erziehung“ sowie „Gewaltprävention“.

Zu b) Die Sensibilisierung für rechtsextreme Äußerungen und den Umgang damit erfolgt in unterschiedlichen Fortbildungsangeboten, beispielsweise am Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) im Rahmen der Qualifizierung von Schulberaterinnen und Schulberatern zu den o. g. übergreifenden Themen. In diesem Rahmen erfolgt auch die Integration der Thematik in die Fortbildung von Schulleiterinnen und Schulleitern. Hinzu kommen Modellprojekte wie das Projekt: „Demokratie stärken - Aktiv gegen Antisemitismus und Salafismus“.

Zu c) Sowohl bei der regelmäßigen Überarbeitung der o. g. Materialien als auch im Rahmen der Fortbildungen wird auf neue Entwicklungen innerhalb der Szene eingegangen.

2. Gibt es Fort- oder Weiterbildungen für Lehrpersonal zum Themenkomplex Rechtsextremismus? (Bitte aufschlüsseln nach Art, Titel und Höhe der Selbstbeteiligung)

a) Welche dieser Angebote sind verpflichtend, welche freiwillig?

b) In welcher Höhe werden diese Angebote vom Land Berlin gefördert?

c) Wie viele Teilnehmende konnten die Kurse 2016 im Einzelnen verzeichnen?

d) Bitte ferner aufschlüsseln nach Berufsfeld (Lehrer*in, Erzieher*in, Sozialarbeiter*in...)

Zu 2.: Die Fort- oder Weiterbildungen des Lehrpersonals fallen außerhalb von Modellprojekten nicht in die Zuständigkeit des LISUM, sondern in die der Regionalen

Fortbildung. Der Themenkomplex Rechtsextremismus ist insbesondere in die Qualifizierung der Schulberaterinnen und Schulberater zum übergreifenden Thema Demokratiebildung integriert.

Zu den übergreifenden Themen wurden Qualifizierungen für Schulberaterinnen und Schulberater aus allen Berliner Bezirken sowie für Schulleiterinnen und Schulleiter und die Schulaufsicht durchgeführt.

Im Rahmen der Modellprojekte wurden für Lehrkräfte an Schulen Fortbildungen zu den o. g. Curricula „Hands for kids“ und „Hands across the campus“ durchgeführt. Hinzu kamen Fortbildungen im Rahmen des Modellprojekts „Demokratie stärken - Aktiv gegen Antisemitismus und Salafismus“.

Zu a) Zur Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen sind die Lehrkräfte Berlins grundsätzlich verpflichtet. Jede Lehrkraft entscheidet in Abstimmung mit der Schulleitung selbst, an welchen Veranstaltungen sie teilnehmen will. Die Angebote in der Regionalen Fortbildung sind deshalb freiwillig. In den Regionalkonferenzen Gesellschaftswissenschaften werden die Fachverantwortlichen auf Projekte und Unterrichtsmaterialien sowie Angebote des LISUM aufmerksam gemacht. Da insbesondere im gesellschaftlichen Engagement ein großes Potenzial besteht, Vorurteile abzubauen und präventiv rechtsextremistischen Tendenzen gegenzusteuern, hat beispielsweise der Fortbildungsverband 3 (Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf) das Projekt „Lernen durch Engagement“ in Kooperation mit der Freudenbergstiftung begonnen. Hier sollen Kompetenzen von Schülerinnen und Schüler gestärkt werden, die Mitschülerinnen und Mitschüler mit Fluchterfahrung und deren Ankommen in der Mitte der Gesellschaft partnerschaftlich und nachhaltig unterstützen. Die oben genannten Angebote des LISUM sind freiwillig und basieren auf Vereinbarungen zwischen den Schulleitungen und den betroffenen Lehrkräften bzw. zwischen den regionalen Schulaufsichten und den Schulberaterinnen und Schulberatern.

Zu b) Diese Zahl ist nicht ermittelbar, da nicht nach Einzelthemen differenziert werden kann. Eine Förderung der Angebote, die das LISUM anbietet, erfolgt im Rahmen des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg.

Zu c) An den unter 2. genannten Maßnahmen nahmen rund 100 Personen teil. An anderen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die das Thema integrativ behandeln, nahmen weitere Lehrkräfte teil, deren Zahl aus den genannten Gründen nicht ermittelbar ist. An den Qualifizierungen zu den übergreifenden Themen im Rahmen der Implementierung des Rahmenlehrplans für die Jahrgangsstufen 1 - 10 konnten ca. 500 Schulberaterinnen und Schulberater sowie Schulleiterinnen und Schulleiter aus allen Berliner Bezirken teilnehmen.

An den Fortbildungen zu den Modellprojekten „Hands for kids“ und „Hands across the campus“ beteiligten sich in diesem Schuljahr 47 Lehrkräfte aus 12 Schulen.

An dem Modellprojekt „Demokratie stärken - Aktiv gegen Antisemitismus und Salafismus“ beteiligten sich ca. 60 Lehrkräfte aus 17 Schulen. Eine Aufschlüsselung nach Berufsfeldern ist nicht möglich.

Der geschätzte Anteil von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen lag bei den Hands-Fortbildungen bei 40 % und bei den Fortbildungen zu den Themen Antisemitismus und Salafismus bei 20 %.

Zu d) Alle Maßnahmen unter 2. richten sich an Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher.

3. Erachtet es der Senat als gewährleistet, dass jede*r Berliner Schüler*in vor dem Verlassen der Schule zum Themenfeld Rechtsextremismus und zu neuen Entwicklungen der rechtsextremen Szene (Strategie, Musikszene, Symbole, Organisationen wie z.B. die „Identitäre Bewegung“) sensibilisiert wird? Wenn ja, wie umfassend, wenn nein, warum nicht?

Zu 3.: Ja.

Die Rahmenlehrpläne ermöglichen umfangreiche Anknüpfungsmöglichkeiten. In welcher Intensität Lehrkräfte diese Möglichkeiten ausschöpfen, ist nicht umfassend zu beantworten.

4. Erachtet es der Senat als gewährleistet, dass das Berliner Lehrpersonal hinreichend ausgebildet ist, rechts-extreme Ausfälle oder Gewalttaten an Schulen zu verhindern?

Zu 4.: Grundsätzlich erhalten alle zukünftigen Lehrkräfte im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes eine entsprechende Qualifizierung (siehe Antwort zu 8.) und auch zahlreiche Fort- und Weiterbildungsangebote, um gegen Rechtsextremismus an Schulen gewappnet zu sein. Da Schule jedoch nur ein Einflussfaktor ist, werden rechts-extreme Ausfälle und Gewalttaten vermutlich nie ganz verhindert werden können. Als wichtig wird erachtet, dass Lehrkräfte neben der Prophylaxe auch kompetent reagieren können.

5. Wie viele Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund an Berliner Schulen sind dem Senat für das Jahr 2016 bekannt? Bitte aufschlüsseln nach Bezirk, Schule, Datum, Tathergang, Deliktart (Propagandadelikt, Gewaltdelikt, Hasskriminalität Internet etc.), ferner bitte Zahl der Täter und Opfer für die spezifischen Fälle ausweisen.

a) In wie vielen Fällen zogen diese Vorfälle schuld-disziplinarische Verfahren nach sich?

b) In wie vielen Fällen zogen diese Vorfälle Ermittlungen von Polizei/Staatsschutz nach sich?

Zu 5. a) und b): Aussagen können lediglich zur Frage 5b) getroffen werden.

Grundlage für die Beantwortung der Anfrage bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK). Dabei handelt es sich entgegen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) um eine Eingangsstatistik. Die Fallzählung erfolgt tatzeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde.

Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen.

Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzen Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Die Fallzahlen der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen – gegebenenfalls bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil – einer Bewertung gemäß der angenommenen Tatmotivation. Darüber hinaus können Fälle der PMK erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

Um die Fallzahlen übersichtlich und in Teilbereichen vergleichbar darzustellen, erfolgt die Unterteilung in die Deliktsarten Terrorismus, Gewaltdelikte, Propagandadelikte und sonstige Delikte.

Terrorismus ist über die Strafbarkeit der Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß den §§ 129a, 129b Strafgesetzbuch (StGB) gesetzlich bestimmt. Als Terrorismus werden darüber hinaus schwerwiegende politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) sowie Verstöße gegen die §§ 89a, 89b, 89c und 91 StGB erfasst.

Gewaltdelikte sind Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbrüche, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung und Widerstands- sowie Sexualdelikte einschließlich der Versuche.

Propagandadelikte sind Verstöße gegen § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) und gegen § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).

Die sonstigen Delikte beinhalten alle weiteren Strafrechtsnormen des Strafgesetzbuches sowie der Strafrechtsnebensetze, zum Beispiel Beleidigung gemäß § 185 StGB, Sachbeschädigung gemäß § 303 StGB oder Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (VersG).

Zur Beantwortung der Anfrage werden die Daten zugrunde gelegt, bei denen als Tat-örtlichkeit beziehungsweise Angriffsziel eine Schule erfasst wurde. Es wurden alle Taten der Politisch motivierten Kriminalitätsrechts (PMK-rechts) betrachtet, losgelöst von einer extremistischen Motivation.

Aufgrund des Anschlages auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz und der damit verbundenen polizeilichen Maßnahmen sind im KPMD-PMK Erfassungsrückstände zu verzeichnen, die bislang noch nicht aufgearbeitet werden konnten. Valide Fallzahlen für das Jahr 2016 liegen demnach nicht vor. Gleichwohl handelt es sich um die Fallzahlen, die auch im Jahresbericht PMK für das Jahr 2016 Verwendung finden.

Im Jahr 2016 wurde kein Gewaltdelikt der PMK-rechts an Schulen registriert. Insofern sind auch keine Opfer zu verzeichnen. Opfer sind natürliche Personen, die durch eine strafbare Handlung körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Personen, die durch eine Straftat auf andere Weise (zum Beispiel materiell) geschädigt wurden, werden statistisch nicht gezählt.

Im Jahr 2016 wurde in 46 Fällen der PMK-rechts an Berliner Schulen polizeilich ermittelt. Diese verteilen sich auf die einzelnen Ortsteile, Deliktsarten und Tatzeiten (siehe als Anlage beigefügte Tabelle).

6. Welche Anlauf- und Beratungsstellen für von rechtsextremen Übergriffen betroffene Schüler*innen gibt es?

a) Wie viele betroffene Kinder und Jugendliche werden von diesen Angeboten erreicht?

b) Fördert das Land Berlin diese Anlaufstellen? Wenn ja, in welcher Höhe? Bitte aufschlüsseln.

Zu 6.: Von rechtsextremer bzw. rechter Gewalt betroffene Schülerinnen und Schüler können sich an die Projektangebote „ReachOut - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ und „Psychologische Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ in der Trägerschaft des Ariba e. V. wenden.

Zu a) Im Rahmen der o. g. Projekte wird zwar die Altersstruktur der Ratsuchenden statistisch erfasst, diese gibt jedoch nur bedingt darüber Auskunft, inwiefern Kinder und Jugendliche von „rechtsextremen Übergriffen“ konkret betroffen sind. So wenden sich beispielsweise auch Eltern/Angehörige, Freundinnen und Freunde der Opfer und Zeuginnen und Zeugen eines Angriffs an die Beratungsstellen. Insofern kann die Frage 6 a) nicht präzise beantwortet werden.

Zu b) Beide genannten Projekte werden seit vielen Jahren im Rahmen des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus finanziell unterstützt.

Fördersummen:

	2015	2016	2017
ReachOut - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	433.619,59 €	497.110,06 €	514.871,22 €
Psychologische Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt	77.910,32 €	97.289,67 €	114.764,26 €

7. Haben Schulen oder andere Einrichtungen Bedarf nach weiteren Angeboten an die Senatsverwaltung herangetragen? Wenn ja: welche Anliegen hatten die Einrichtungen?

a) Welche Angebote hat die Senatsverwaltung den Schulen gemacht??

Zu 7. und 7a): Ein konkreter Bedarf von Schulen wurde hier nicht artikuliert. Gleichwohl werden im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verschiedene Projekte gefördert, die von Schulen bei Beratungsbedarf angesprochen werden können. An erster Stelle zu nennen sind hier die Mobilen Beratungsteams (MBT) gegen Rechtsextremismus. Beide MBT's, die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)“ (Träger VDK e. V.) und das „Mobile Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung“ in der Trägerschaft der Stiftung SPI sind mit ihren Mitarbeitenden im schulischen Kontext tätig. Die Beratungsleistung kann kurzfristig aber auch längerfristig im Sinne einer Begleitung eines Schulentwicklungsprozesses gestaltet sein.

8. Welche Maßnahmen der Jugendbildung im Themenbereich Rechtsextremismus werden vom Land Berlin angeboten oder gefördert? In welcher Höhe?

a) Welche Ausbildung und Hilfestellungen erhalten Pädagog*Innen für den Umgang mit rechtsextremen Kindern, Jugendlichen und Eltern?

b) Welche Hilfestellungen erhalten Kinder und Jugendliche für den Umgang mit rechtsextremen Eltern und/oder Erziehungsberechtigten?

c) Welche Hilfestellungen erhalten Eltern und/oder Erziehungsberechtigte für den Umgang mit rechtsextremen Kindern und Jugendlichen?

d) Gibt es diese Materialien/Angebote auch in anderen Sprachen als Deutsch? Wenn ja, in welchen, wenn nein, warum sah der Senat in einer multilingualen Stadt wie Berlin dafür bislang keine Notwendigkeit?

Zu 8.: Im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden vielfältige Projekte finanziell unterstützt – zum Teil unter Beteiligung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ -, die im Themenbereich mit Maßnahmen der politischen Jugendbildung mit unterschiedlichen Formaten und pädagogischen Ansätzen tätig sind. Darunter sind große Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder das Anne Frank Zentrum und kleinere Träger mit einem spezifischen Arbeitsansatz wie z. B. Miphgasch/Begegnung e. V. mit seinem Projekt „Historisch-politische Bildung gegen Rassismus und Antisemitismus mit Berliner Kindern und Jugendlichen“. Das Projekt

„Oberstufenzentren (OSZ) für Demokratie und Vielfalt“ in der Trägerschaft des „Vereins für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung e. V.“ hat ein besonderes Angebot für berufsbildende Schulen entwickelt und arbeitet mit mehreren Partnerschulen zusammen.

Nachfolgend eine Liste der vorwiegend im jugendpädagogischen Feld tätigen Projekte des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus:

Träger / Projekt	2016
Aktion Courage e.V.: "Landeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage"	135.010 €
Amadeu Antonio Stiftung "Praxisstelle für antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit"	14.600 €
Anne Frank Zentrum e. V.: "Anne Frank: Geschichte für die Gegenwart"	147.701 €
Anne Frank Zentrum e. V.: Vielleicht ziehen wir auch weiter...	21.323 €
Babel e.V.- Interkulturelles Schulprojekt	115.000 €
Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung - DEVI - e.V.: "OSZ für Demokratie und Vielfalt"	69.267 €
Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung - DEVI - e.V.: "Hör mir zu!"	20.440 €

G SJ - Gesellschaft für Sport und Jugendsozial-arbeit gGmbH: "BEIspielhaft - Bildung - Engagement - Integration"	83.000 €
Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.: "Die Freiheit, die ich meine"	15.000 €
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.: "Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen"	23.000 €
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) e. V.: "Anerkennen, auseinandersetzen, be- ggnen - präventive pädagogische Konzepte gegen Antisemitismus für die Migrationsgesellschaft"	17.500 €
Miphgash Begegnung e.V. - "Für ein vielfältiges und friedliches Zusammenleben in Berlin. Inter- kulturelle und multiperspektivische Bildungsarbeit gegen Antisemitismus und rassistische Diskri- minierung mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen"	17.700 €
pad - präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH "Licht-Blicke:Eltern stärken" (....)	71.990 €
pad - präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH Lichtenberger Register	12.000 €
RAA e. V.: "Diskriminierungserfahrene ergreifen das Wort: es geht um unsere Schulen und Kitas"	46.329 €
SJD / Die Falken Projekt: "Kids Courage"	16.844 €
Violence Prevention Network e. V. Crossroads - Radikalisierungsvermeidung und Deradikalisierung mit rechtsextremen und rechtsex- trem gefährdeten Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Angehörigen	99.500 €

Das Land Berlin fördert sieben Berliner Jugendbil-
dungsstätten mit einer Grundförderung von jährlich insge-
samt 28.668 Teilnahmetagen. Zentraler Schwerpunkt ist
die politische Jugendbildung nach § 11 Sozialgesetzbuch
VIII i.V. mit § 6 des Berliner Kinder- und Jugendhilfege-
setzes (AG KJHG) in Verbindung mit der Förderung
demokratischer Teilhabe. Viele Seminare der Jugendbil-
dungsstätten zielen zudem auf die Förderung von Sozial-
kompetenz und befassen sich mit aktuellen politisch rele-
vanten Fragestellungen, u.a. zu Flucht und Asyl oder zum
Umgang mit wachsender Vielfalt in der Gesellschaft.
Zahlreiche Veranstaltungen werden zudem im Rahmen
internationaler Jugendarbeit durchgeführt. Die Angebote
der Jugendbildungsstätten wirken insofern der Entwick-
lung rechtsextremistischer Einstellungen entgegen.

Darüber hinaus fördert die Senatsverwaltung für Bil-
dung, Jugend und Familie über die Zentralstelle des Lan-
desjugendrings Berlin e.V. die Arbeit von 25 Jugendver-
bänden. Bestandteil der Zuwendung ist u.a. die Finanzie-
rung von Kursen der außerschulischen Jugendbildung, bei
denen sich die jungen Menschen inhaltlich auch mit dem
Thema Rechtsextremismus beschäftigen. Dabei beleuch-
ten sie historische und politische Entwicklungen sowie
Kernelemente extrem rechter Ideologie, insbesondere
Ungleichheitsvorstellungen, Rassismus, Antisemitismus
und die Verharmlosung oder Verherrlichung
(neo)nationalsozialistischer Verbrechen. Neben der Ver-
mittlung von Kenntnissen über entsprechende Phänomene
werden immer auch positive Bezugspunkte zu Demokra-
tie, Vielfalt und den Menschenrechten gesetzt. Ziel ist die
kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremer Agitati-
on – ob z.B. über Internet, Musik, Film oder Text, etc. -
und die Stärkung der demokratischen Identität der Teil-
nehmenden.

Zu a) Die Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsan-
wärter werden im Rahmen des Pflichtbausteins „Kon-
fliktgespräche und Gewaltprävention“ in ihrer Ausbildung
mit den Themen Rassismus, Antisemitismus und Rechts-
radikalismus konfrontiert. Alle Auszubildenden erhalten
die Möglichkeit, sich im Rahmen der „Standpunkte“-

Reihe, die die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
Familie gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und
auch der Mobilien Beratungsstelle gegen Rechtsradikalis-
mus intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen und
sich konkret mit Fallbeispielen von Unterrichtssituationen
in diesem Themenfeld auseinanderzusetzen. Die Teil-
nahme können sich die Lehramtsanwärterinnen und Lehr-
amtsanwärter als Pflichtteil für die Ausbildungsverpflich-
tungen im Vorbereitungsdienst anrechnen lassen. Die hier
vermittelten Kompetenzen und auch das Wissen um die
bestehenden berlinweiten Unterstützungssysteme werden
auf diese Weise multiplizierend in die Schulen hineinge-
tragen.

Die Leiterinnen und Leiter der Schulpraktischen Se-
minare wurden im März 2017 im Rahmen einer großen
Auftaktveranstaltung für das Thema Demokratiebildung
(insbesondere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit)
u.a. mit den Erkenntnissen der Studie zur „Enthemmten
Mitte“ sensibilisiert und erarbeiten nun im Nachgang
neue Formate, um sowohl Fachseminarleiterinnen und
Fachseminarleiter als auch Lehramtsanwärterinnen und
Lehramtsanwärter zum Umgang mit Extremismus fort-
bzw. auszubilden.

Zu b) Kinder und Jugendliche können sich an Lehrkräfte an den Schulen zur Vermittlung von speziellen Angeboten bzw. direkt an alle Beratungs- und Antidiskriminierungsstellen sowie die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) wenden.

Zu c) Das Projekt „Eltern stärken“ des Trägers „pädagogGmbH“ unterstützt die Stärkung der Erziehungs- und Selbsthilfekompetenzen von Eltern rechtsextrem orientierter bzw. gefährdeter Kinder und Jugendlichen. Es geht darum, Handlungsoptionen zu vergrößern, Hilflosigkeit zu überwinden und bestehende Hilfeangebote zugänglich zu machen. Das Beratungsangebot setzt auf Kooperation mit anderen Hilfsangeboten und Beratungsdiensten. Ziel ist die Schaffung eines längerfristigen, verlässlichen, dezentralen Angebots für Hilfe suchende Eltern.

Zu d) Dies ist nicht bekannt. Veröffentlichungen auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg erfolgen in deutscher Sprache, weil sie sich in erster Linie an Lehrkräfte wenden.

9. Hat der Senat Kenntnis darüber, wie viele Berliner Kinder und Jugendliche an Veranstaltungen rechtsextremer Jugendverbände oder -gruppen, Vereine oder Organisationen teilnehmen (bitte aufschlüsseln) und lassen sich örtliche Schwerpunkte der Aktivitäten beobachten?

10. In welchem Altersbereich liegt nach Kenntnis des Senats das durchschnittliche Einstiegsalter in die rechte Szene in Berlin?

Zu 9. und 10.: Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie verfügt nicht über diesbezügliche Daten.

Berlin, den 11. April 2017

In Vertretung

Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. April 2017)

Art	Tatzeit	Sachverhalt	Ortsteil (Bezirk)	Name	Hass- kriminali- tät	Internet	Tatver- dächtige
Propaganda	07.01.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten auf eine Hauswand der Schule ein Hakenkreuz.	Kreuzberg (Friedrichshain-Kreuzberg)	Reinhardswald-Grundschule			
Propaganda	13.01.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten ein Hakenkreuz an eine Toilettentür in der Schule.	Lichtenberg (Lichtenberg)	Schule "Im Gutspark"			
Propaganda	18.01.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten ein Hakenkreuz an ein Fenster des Hauptgebäudes und ein weiteres an die Wand des Nebengebäudes.	Französisch Buchholz (Pankow)	Jeanne-Barez-Schule			
Propaganda	03.02.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten ein Hakenkreuz an einen Türpfosten.	Prenzlauer Berg (Pankow)	Grundschule am Teutoburger Platz			
Propaganda	11.02.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten ein Hakenkreuz an einen Treppenpfosten.	Prenzlauer Berg (Pankow)	Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasium			
Propaganda	23.02.2016	Die Beschuldigten zeichneten unter anderem mehrere Hakenkreuze an die Wände der Jungentoilette.	Hellersdorf (Marzahn-Hellersdorf)	Wolfgang-Amadeus-Mozart-Gemeinschaftsschule			3
Propaganda	24.02.2016	Die Beschuldigten besprühten einen Betonpfeiler der Schule unter anderem mit einem Hakenkreuz.	Hellersdorf (Marzahn-Hellersdorf)	Wolfgang-Amadeus-Mozart-Schule			2
Propaganda	26.02.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter ritzen mehrere Hakenkreuze in die Tische eines Klassenraums.	Tegel (Reinickendorf)	Schulfarm Scharfenberg			
Propaganda	29.02.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten an die Hausflurwand der Schule ein Hakenkreuz.	Lichterfelde (Steglitz-Zehlendorf)	Lilienthal-Gymnasium			

Art	Tatzeit	Sachverhalt	Ortsteil (Bezirk)	Name	Hasskriminalität	Internet	Tatverdächtige
sonstige	24.03.2016	Bei der islamischen Grundschule ging eine Osterpostkarte mit islamfeindlichem Inhalt ein.	Kreuzberg (Friedrichshain-Kreuzberg)	Islamische Grundschule	ja		
Propaganda	05.04.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter besprühten ein Klassenzimmer mit drei Hakenkreuzen. Die Klassenlehrerin hat eine dunkle Hautfarbe und vermutet als Tatverdächtige Eltern, mit denen sie bereits Auseinandersetzungen mit rassistischem Hintergrund hatte.	Lichterfelde (Steglitz-Zehlendorf)	Grundschule unter den Kastanien	ja		
Propaganda	05.04.2016	Durch unbekannte Täterinnen oder Täter wurde an einer Hauswand des Sportgebäudes der Schule ein Hakenkreuz aufgesprüht.	Neu-Hohenschönhausen (Lichtenberg)	Fritz-Reuter-Oberschule			
sonstige	11.04.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter sprühten im Eingangsbereich einer Schule einen rechtsgerichteten Schriftzug. Weiterhin brachten sie etwa 20 Aufkleber der "Identitären Bewegung" an.	Spandau (Spandau)	Kant-Gymnasium	ja		
sonstige	18.04.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter entwendeten zwei Gedenktafeln der Jüdischen Schule "Hildegard-Wegscheider-Gymnasium".	Grunewald (Steglitz-Zehlendorf)	Hildegard-Wegscheider-Oberschule	ja		
Propaganda	19.04.2016	Eine Lehrerin beobachtete eine unbekannte männliche Person, die ein spiegelverkehrtes Hakenkreuz an die Hauswand im Treppenhaus der Schule anbrachte.	Friedrichshain (Friedrichshain-Kreuzberg)	Jane-Addams-Schule			
Propaganda	25.04.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter besprühten eine Schule mit zwei Hakenkreuzen.	Hellersdorf (Marzahn-Hellersdorf)	Ernst-Haeckel-Oberschule			
Propaganda	26.04.2016	Die Geschädigte stellte fest, dass der Be-	Mitte	Jüdisches Gym-	ja		1

Art	Tatzeit	Sachverhalt	Ortsteil (Bezirk)	Name	Hasskriminalität	Internet	Tatverdächtige
		schuldigte ein Hakenkreuz in die Innenseite ihrer Jacke gezeichnet hatte. Bei der Schule handelt es sich um das Jüdische Gymnasium Moses Mendelssohn.	(Mitte)	nasium			
Propaganda	17.05.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten fünf Hakenkreuze und ein "Hitlerbild" auf eine Rutsche und eine Gummischaukel auf dem Schulhof.	Oberschöneweide (Treptow)	Grundschule an der Wuhlheide			
Propaganda	17.05.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter sprühten mehrere Hakenkreuze und rechtsgerichtete Schriftzüge an die Wand der Schule.	Kreuzberg (Friedrichshain-Kreuzberg)	Carl-von-Ossietsky-Schule			
sonstige	23.05.2016	Im Sekretariat des Lessing-Gymnasiums ging eine Postsendung mit einem Schreiben ein, welches den Holocaust leugnet.	Wedding (Mitte)	Lessing-Gymnasium	ja		
Propaganda	23.05.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter verschafften sich Zutritt zu einem Klassenraum und stellten mehrere Tische in Form eines Hakenkreuzes auf.	Fennpfuhl (Lichtenberg)	Selma-Lagerlöf-Schule für Sprachbehinderte			
sonstige	03.06.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter beschrieben den Briefkasten der Grundschule mit einem fremdenfeindlichen Schriftzug.	Lichterfelde (Steglitz-Zehlendorf)	Grundschule unter den Kastanien	ja		
sonstige	08.06.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter entwendeten ein Metallschild mit der Aufschrift "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage".	Friedrichshagen (Treptow-Köpenick)	Wilhelm-Bölsche-Oberschule	ja		
Propaganda	13.06.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten ein Hakenkreuz an eine Treppe der Schule.	Johannisthal (Treptow-Köpenick)	Hans-Grade-Oberschule			

Art	Tatzeit	Sachverhalt	Ortsteil (Bezirk)	Name	Hass- kriminali- tät	Internet	Tatver- dächtige
Propaganda	13.06.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten an zwei Außenwände der Sporthalle der Schule unter anderem ein Hakenkreuz.	Steglitz (Steglitz-Zehlendorf)	Gymnasium Steglitz			
Propaganda	13.06.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten im Bereich des Amphitheaters der Schule an eine Säule ein Hakenkreuz.	Johannisthal (Treptow-Köpenick)	Melli-Beese- Grundschule			
Propaganda	01.07.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten ein Hakenkreuz und schrieben einen rechtsgerichteten Schriftzug an die Begrenzungswand der Herrentoilettentür.	Hellersdorf (Marzahn-Hellersdorf)	Ernst-Haeckel- Oberschule			
Propaganda	10.07.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter besprühten zwei Vorhänge und eine Wand in der Aula einer Schule mit Hakenkreuzen, der Zahl 88 und Phallussymbolen.	Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)	Bisalski-Grund- schule			
sonstige	18.07.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter schrieben einen ausländerfeindlichen Schriftzug an die Fassade der Schule.	Schöneberg (Tempelhof-Schöne- berg)	Sternberg- Grundschule	ja		
Propaganda	31.08.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten ein Hakenkreuz an eine Schultafel.	Prenzlauer Berg (Pankow)	Felix- Mendelssohn- Bartholdy- Gymnasium			
sonstige	14.09.2016	Im Sekretariat der Schule ging ein Fax ein. Es handelte sich um zehn Seiten mit maschinell erstelltem Text, in dem teils in sehr vulgärer Ausdrucksform Kritik an den meisten bekannten Parteien, an der Bundeskanzlerin, an der Politik und an der Zuwanderung nach Deutschland geäußert wurde. Gleichzeitig wurde empfohlen, die „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu wählen und	Charlottenburg (Charlottenburg-Wil- mersdorf)	Eichendorff Grundschule	ja		1

Art	Tatzeit	Sachverhalt	Ortsteil (Bezirk)	Name	Hass-kriminalität	Internet	Tatverdächtige
		dazu aufgefordert, die Texte zu kopieren und zu verbreiten.					
Propaganda	21.09.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter sprühten ein Hakenkreuz an die Rückseite der Sporthalle der Grundschule. Ein weiteres Hakenkreuz befand sich an einem dortigen Stromkasten.	Hellersdorf (Marzahn-Hellersdorf)	Grundschule Pustoblume			
Propaganda	22.09.2016	Auf der Jungentoilette wurden zwei Hakenkreuze gezeichnet.	Buckow (Neukölln)	Lise-Meitner-Oberschule			
Propaganda	28.09.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten ein Hakenkreuz an die Hauswand der Turnhalle der Schule.	Hellersdorf (Marzahn-Hellersdorf)	Schule am Rosenhain			
sonstige	04.10.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten einen Davidstern an die Außenmauer des Jüdischen Gymnasiums.	Mitte (Mitte)	Jüdisches Gymnasium	ja		
Propaganda	11.10.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten beziehungsweise schrieben rechtsgerichtete Schriftzüge und ein Hakenkreuz an Hauswand und Tür der Grundschule.	Kreuzberg (Friedrichshain-Kreuzberg)	Nürtingen Grundschule			
Propaganda	11.10.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten mehrere Hakenkreuze an die Wand einer Behindertentoilette in der Schule.	Hellersdorf (Marzahn-Hellersdorf)	Schule am Rosenhain			
Propaganda	11.11.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter sprühten zwei Hakenkreuze an eine Holzhütte auf dem Schulhof der Schule.	Prenzlauer Berg (Pankow)	Schule am Falkplatz			
Propaganda	14.11.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter besprühten die Tür einer Holzhütte auf dem Schulhof der Schule mit einem	Prenzlauer Berg (Pankow)	Schule am Falkplatz			

Art	Tatzeit	Sachverhalt	Ortsteil (Bezirk)	Name	Hass-kriminalität	Internet	Tatverdächtige
		Hakenkreuz.					
sonstige	15.11.2016	Der tatverdächtige Schüler tätigte im Unterricht antisemitische Äußerungen. Die ebenfalls tatverdächtige Schülerin nahm daraufhin einen Zettel und schrieb insgesamt 36 Namen auf, die sie ins Konzentrationslager "deportieren" würde.	Hellersdorf (Marzahn-Hellersdorf)	Jean-Piaget-Oberschule	ja		2
Propaganda	18.11.2016	Der unbekannte männliche Täter stand plötzlich auf dem Schulgelände vor dem Fenster der Mensa. Er schaute zwei Schüler an, fotografierte sie, zog mit seiner linken Hand sein hellblaues T-Shirt am Hals etwas nach unten, wodurch ein Hakenkreuz-Tattoo sichtbar wurde. Parallel führte die Person mit der rechten Hand die Geste des "Kehle-Durchschneidens" durch, indem sie ein Klappmesser am Hals entlang führte.	Britz (Neukölln)	Bruno-Taut-Grundschule			
sonstige	29.11.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter stellten auf Youtube antisemitische Beiträge ein.	Reinickendorf (Reinickendorf)	Max-Beckmann-Oberschule	ja	ja	
Propaganda	05.12.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter zeichneten ein Hakenkreuz an die Wand des Durchgangs zum Schulhof.	Nikolassee (Steglitz-Zehlendorf)	Dreilinden-Grund-und-Oberschule			
sonstige	19.12.2016	Die Geschädigte wurde auf dem Schulgelände vom Beschuldigten ausländerfeindlich beleidigt. Dabei zeigte er den „Deutschen Gruß“.	Steglitz (Steglitz-Zehlendorf)	10. Integrierte Sekundarschule	ja		2
sonstige	19.12.2016	Der Beschuldigte rief ausländerfeindliche und islamfeindliche Äußerungen. Danach zündete er die von ihm, vor eine Schule abgelegten Zeitungen, Kartons und weiteres	Wedding (Mitte)	Ernst-Schering-Oberschule	ja		1

Art	Tatzeit	Sachverhalt	Ortsteil (Bezirk)	Name	Hass-kriminali-tät	Internet	Tatver-dächtige
		Papier an.					
sonstige	20.12.2016	Unbekannte Täterinnen oder Täter besprühten zwei Schulen, die sich in räumlicher Nähe befinden, jeweils mit einem islamfeindlichen Schriftzug.	Köpenick (Treptow-Köpenick)	Evangelische Schule Köpenick Wendenschloß-Grundschule	ja		

Legende:

Abkürzungen in den Spalten	
Propaganda	Propagandadelikt
sonstige	sonstiges Delikt